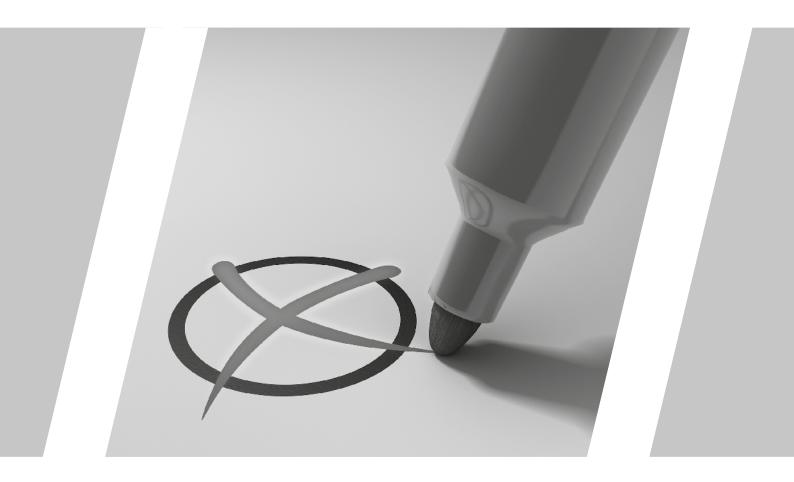




Stadtverband Bonn Kreisverbände Euskirchen & Rhein-Sieg



Personalratswahl 2024

Die GEW schickt ein starkes Team ins Rennen. Aus unseren drei Gliederungen Bonn, Euskirchen und Rhein-Sieg kandidieren viele. Sie kämpfen dafür, dass für alle Kolleg*innen vieles besser wird.

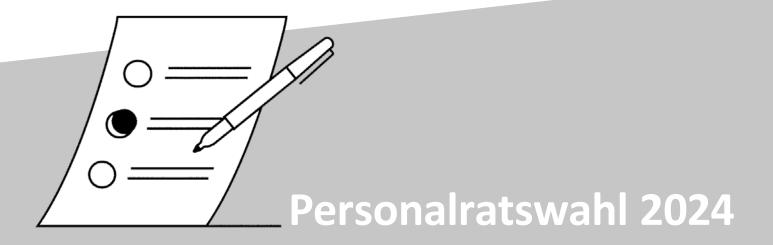
Für dich aktiv – Spezial

2024 wählen die Kolleg*innen in NRW ihre Personalräte in Hochschulen, Kommunen und für die Schule, wobei die Personalvertretung für Schulen strukturell von den beiden Erstgenannten abweicht. Denn es gibt für den Schulbereich nicht an jeder Schule einen Personalrat, vielmehr ist die dortige Vertretung der Lehrerrat. Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Personalratsebenen sind abhängig von der jeweiligen Zuständigkeit der Dienststellen, daraus ergibt sich eine mehrstufige Personalvertretung. Es gibt den Hauptpersonalrat (HPR) beim Ministerium für Schule und Bildung und den Bezirkspersonalrat (BPR), der jeweils an den fünf Bezirksregierungen Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster angesiedelt ist. Für Grundschulen gibt es darüber hinaus - neben HPR und BPR - den örtlichen Personalrat (ÖPR) beim Schulamt. Im Zeitraum Ende April bis Mitte Juni wird im Bereich Schule per Briefwahl gewählt (Wichtig: Wahlunterlagen werden in der Regel über die Schulen verteilt. Die ausgefüllten Wahlunterlagen müssen spätestens bis zum 13. Juni eingegangen sein.) Die Personalräte vertreten die Kolleg*innen an den öffentlichen Schulen gegenüber den Dienststellen (Bezirksregierung, Schulministerium, sowie bei Grundschulen darüber hinaus gegenüber dem Schulamt). Sie achten z.B. darauf, dass die Beschäftigten gleich behandelt werden und darauf, dass geltende Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge, Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen eingehalten werden. Sie können z.B. Personalversammlungen in der Dienstzeit durchführen, Anregungen und Beschwerden entgegennehmen, diese prüfen und in Verhandlung mit der Dienststelle darauf hinwirken, dass die Angelegenheiten erledigt werden. Die Personalräte können z.B. einen Beschäftigten, der zu einem Dienstgespräch

zitiert wird, als Vertrauensperson begleiten. Ein weiteres Beispiel: Bei Maßnahmen wie Einstellung, Befristung, Versetzung, Abordnung, vorzeitige Versetzung in den Ruhestand oder Kündigung, muss der Personalrat zustimmen. Für Hochschulen gibt es keinen einheitlichen Wahltermin. Die genaue Terminsetzung bestimmt bis zum 30. Juni in jeder Hochschule der jeweilige Wahlvorstand. Der Personalrat überwacht Gesetze, Tarifverträge und anderer Bestimmungen, die den Beschäftigten Rechte einräumen. Sie vermitteln zwischen Hochschulleitung und Beschäftigten und werden an Personalentscheidungen beteiligt. Zudem schließen sie Dienstvereinbarungen mit der Hochschulleitung zu allen Belangen ab, die das Arbeitsleben der Beschäftigten betreffen. Die Aufgaben eines Personalrats in der Kommune sind vergleichbar. Soll jemand versetzt, eingestellt, vorzeitig in den Ruhestand versetzt oder gekündigt werden, muss der Personalrat gefragt werden. Bei der Frage, wie der Arbeitsplatz gestaltet wird, muss er ebenfalls gefragt werden. Er achtet darauf, dass alle Schutzgesetze, Tarifverträge und Vorschriften eingehalten werden.

Kurz: Der Personalrat ist mächtig und wirkungsvoll!

Wir als GEW in Bonn, Euskirchen und Rhein-Sieg haben viele kompetente und erfahrene Mitglieder, die als Personalräte schon lange erfolgreich arbeiten und ihre Arbeit gerne weiterführen möchten, oder die nun zum ersten Mal kandidieren. Eines haben alle gemeinsam: frische Ideen und klare Ziele. Repräsentativ nun einige Beispiele:



Anna Wieland Kandidatin Örtlicher Personalrat Grundschule Rhein-Sieg-Kreis

Ich bin Grundschullehrerin an der GGS Wahlscheid in Lohmar und zurzeit Klassenlehrerin einer 3. Klasse im GU. Ich bin seit 2012 Mitglied des Örtlichen Lehrerpersonalrats und seit einigen Jahren stellvertretende Vorsitzende. In diesem Jahr kandidiere ich erneut für den ÖPR im Rhein-Sieg-Kreis.

Es gibt viele Bereiche, in denen wir als Personalräte arbeiten. In dem ein oder anderen hatten wir vielleicht schon einmal Kontakt miteinander. Auf die Frage "Wofür setze ich mich ein?" fallen mir viele Dinge ein, die vielleicht am besten so zusammengefasst sind:

 dafür, dass man in seinem Beruf an der Grundschule wieder gesund alt werden kann!

Seit Jahren beobachten wir Entgrenzungen in den verschiedenen Arbeitsfeldern der Schule. Die Aufgaben werden immer mehr und immer herausfordernder, wobei die Arbeitszeit nicht gesenkt wird! Es wird immer mehr Erreichbarkeit eingefordert und der Zeitdruck wächst. Durch den ÖPR und mit Hilfe der GEW setze ich mich dafür ein, dass...

- Zeit für die wesentlichen Aufgaben geschaffen wird (z.B. durch Entlastungsstunden, angemessene Personalausstattung, kleinere Klassen, mehr Chancen für multiprofessionelle Teams, ...).
- Beruf und Privatleben in Balance bleiben/kommen können (Elternzeiten, Teilzeiten – unabhängig vom Familienstand, ...).
- berufliche Veränderungen ermöglicht werden (z.B. durch Teilnahme an Fortbildungen, Abordnungen, Versetzungen, ...).
- die vielen verschiedenen Arbeitsfelder an der Grundschule wieder mehr Wertschätzung erhalten.

Hanne(lore) Puderbach, Kandidatin Örtlicher Personalrat Grundschule Euskirchen

Ich bin 56 Jahr alt und seit mehr als 25 Jahren als Grundschullehrerin im Kreis Euskirchen tätig. In dieser Zeit haben sich die Arbeitsbedingungen in der Grundschule permanent verändert.

Die Belastungen haben in den letzten Jahren ständig zugenommen. So wurden gerade den Grundschulen permanent neue Aufgaben zugeschrieben. Durch den Wandel unserer Gesellschaft hat sich die Lebenswirklichkeit der Kinder in den letzten zwei Jahrzehnten stark verändert. Täglich müssen wir Grundschullehrer*innen uns den neuen, vielfältigen Herausforderungen stellen. Diese wachsenden Herausforderungen verteilen sich aber auf immer weniger Schultern. Dies führt zu einer Dauerbelastung in Form von hohen emotionalen und quantitativen Anforderungen. Die Entgrenzung der Arbeitszeit, hohe Klassenfrequenzen, Gewalt und Lärm führen dazu, dass Lehrkräfte krank werden.

Ich mache mich stark für gute Arbeitsbedingungen an Grundschulen. Dazu gehören kleinere Klassen, weniger Verwaltungsarbeiten, so dass wir Grundschullehrer*innen wieder mehr Zeit haben, uns um die pädagogisch-didaktische Arbeit und damit um die Arbeit mit den Kindern zu kümmern.





Kandidat*innen Örtlicher Personalrat Grundschule, Bonn

Cordula Simon-Schlicht

Als Mutter von zwei inzwischen erwachsenen Kindern habe ich viele Jahre lang als teilzeitbeschäftigte Lehrerin an verschiedenen Grundschulen in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis gearbeitet und kenne die mit einer Teilzeitbeschäftigung einhergehenden Probleme. Seit gut 10 Jahren leite ich inzwischen die Servatiusschule in Bonn-Friesdorf. Ich stehe für eine Schule, in der sich alle Beteiligten – Kinder, Mitarbeiter und Eltern – wohl fühlen können.

Im Örtlichen Personalrat Bonn engagiere ich mich inzwischen seit sieben Jahren und führe dieses wichtige Gremium jetzt im vierten Jahr als Vorsitzende. Auch in der bevorstehenden Personalratswahl trete ich wieder als Listenführerin an und bewerbe mich – sofern die GEW wieder die Stimmen-Mehrheit erhält – als Vorsitzende. Meine zentralen Themen sind eine angemessene Bezahlung und Wertschätzung aller in der Grundschule tätigen Berufsgruppen sowie die Interessen der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte bzw. die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.



Alexander Katzer

Ich bin ein Teil einer Patchworkfamilie mit vier Kindern. Als Lehrer und Konrektor stehe ich für offene, demokratische Unterrichtsformen und einen wertschätzenden und ehrlichen Umgang mit Kindern, Eltern und allen Beschäftigten in der Schule. In einem vorherigen Leben habe ich mich mehrere Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit und hochschulpolitischen Gremien auf lokaler, regionaler und bundesdeutscher Ebene in den Bereichen Lehrer:innenbildung & Studienreform engagiert. Meine derzeitigen Schwerpunkte im Personalrat sind Elternzeit & Mutterschutz, Herkunftssprachlicher Unterricht (HSU) sowie Digitales.

Wir setzen uns ein!

- Vielfalt und Offenheit wir fordern eine faire Bezahlung und Wertschätzung aller in der Schule tätigen Berufsgruppen.
- Ausreichend Personal für jede Schule ausgebildete Lehrkräfte, Sonderpädagog:innen und Sozialpädagog:innen müssen auf alle Schulen gerecht verteilt werden.
- Demokratie in der Schule stärken eine Stärkung der Mitbestimmungsstrukturen fördert eine Gestaltung der Schulen als erfolgreichen Lern- und Lebensraum.
- Unterrichten braucht Qualität & Priorität Verdichtung & Entgrenzung von Arbeit lässt uns immer weniger Zeit für Vor- und Nachbereitung guten Unterrichts.
- Zeit für Beruf und Familie wir stärken die Interessen der Teilzeitbeschäftigten und stehen für Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Gute Arbeitsplatzbedingungen wir setzen uns ein für eine adäquate Ausstattung der Arbeitsplätze der Lehrkräfte.
- Der Mensch steht im Mittelpunkt wir nehmen uns Zeit für Beratung und Austausch.



Dietmar Finklenburg, Kandidat Bezirkspersonalrat Grundschule

Seit 2021 arbeite ich als Personalrat im Bezirkspersonalrat Grundschule und als Vertreter im Örtlichen Personalrat Grundschule des Rhein-Sieg-Kreises. Zudem stehe ich als Ruhegehaltsberechner den GEW-Kolleg*innen vor Ort zur Verfügung. Als Grundschullehrer arbeite ich an der KGS Wachtberg Villip Pech.

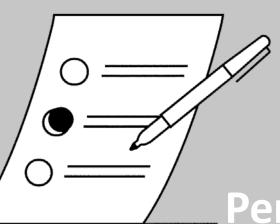
Ein überhitztes und krankes Schulsystem provoziert kranke Kolleg*innen. Ein unterfinanziertes Schulsystem provoziert Gehalts- und somit auch Ruhegehaltskürzungen durch die Hintertür. Hoch engagierte Kolleg*innen verdienen Respekt und Wertschätzung für die Mammutaufgabe Grundschulbildung – moralisch und finanziell.

Deshalb mache ich mich stark für...

- 1. ... gesunde Arbeitsbedingungen an Grundschulen:
- Teilzeitarbeitsmodelle gehören zur Säule einer gesunden Lebens- und Arbeitsplanung. Durch das aktuelle Handlungskonzept zur Unterrichtsversorgung des Ministeriums für Schule und Bildung wird diese Möglichkeit erneut stark eingeschränkt. Hier wird das Versagen der Schulpolitik auf Kosten der Gesundheit der Kolleg*innen besonders deutlich.
- Absenkung des Stundendeputats. Endlich muss den stark zugenommenen außerunterrichtlichen Tätigkeiten Rechnung getragen werden. Verwaltungs-, Dokumentations-, Evaluations- und Konzeptarbeiten sowie erhöhter Beratungs- und Absprachebedarf kosten Zeit. Bei einer Vollzeitstelle und der Erreichbarkeit auf allen digitalen Kanälen führt das zu einem Job rund um die Uhr, bei einer Teilzeitstelle zur Entgrenzung der Arbeitszeit.
- Endlich kleinere Klassen eine Win-win-Situation für alle Beteiligten

- Anhebung der Anrechnungsstunden. Endlich muss das Modell der Anrechnungsstunden an das der weiterführenden Schule angeglichen werden. Insbesondere in kleineren Systemen stemmen wenige Schultern die gleiche Arbeit wie in großen Systemen und bekommen dafür keine Entlastung.
- 2. ... eine gerechte und nachhaltige Bezahlung:
- Vollzeitarbeit muss machbar sein. Durch die Entgrenzung der Arbeitszeit und den Überbelastungen entscheiden sich viele Kolleg*innen aus gesundheitlichen Gründen für eine Teilzeitarbeit. Falls diese überhaupt genehmigt wird, verzichten Sie dadurch nicht nur auf Gehalt, sondern verringern gleichzeitig ihre Ruhegehaltsansprüche.
- Ablehnung von Teilzeitanträgen drängt Kolleg*innen in die Teildienstfähigkeit – mit ungewissem Ausgang. Zwar gleicht der Arbeitgeber in diesem Verfahren einen Teil des Gehaltes aus, aber die Stundenreduzierung wirkt sich auch hier nachteilig auf die ruhegehaltsfähigen Dienstjahre aus.
 Zumal der Gang zum Amtsarzt für viele Kolleg*innen eine Hürde darstellt und im ungünstigsten Fall Kolleg*innen auch gegen ihren Willen für dienstunfähig erklärt werden. In diesem Fall drohen enorme Abschläge auf das Ruhegehalt.
- Nach unserem A13/E13-Erfolg sofortige Anpassung der Gehälter aller Funktionsstellen. Noch immer hat sich das Ministerium für Schule und Bildung nicht klar zur Anpassung der Gehälter der Funktionsstellen geäußert. Für alle, die in Schulen in besonderer Verantwortung stehen, eine aktuelle und nachhaltige finanzielle Benachteiligung.





Personalratswahl 2024

Ursula Habeth-Gaspari Kandidatin Bezirkspersonalrat Grundschule

Ich setze mich ein für

 einen fairen Umgang mit unseren Beschäftigten an den Schulen auf Grundlage des Schulgesetzes, des Beamtenrechtes und des TV-L.

Beispiele:

- Es ist klar geregelt, wie und wann Mehrarbeit bezahlt wird. Ich setze mich gemeinsam mit meinen KollegInnen dafür ein, dass dies auch geschieht.
- Bei Zeitverträgen gibt es eindeutige Regelungen, wann Verträge über die Ferienzeiten fortdauern müssen. Es ist mir ein Herzensanliegen, dass dies entsprechend der rechtlichen Vorgaben bei allen Verträgen auch wirklich umgesetzt wird.
- Es gibt für Beamte wie auch Angestellte im Schulbereich Arbeitszeitvorgaben, auch wenn diese nur schwer nachvollzieh- und umsetzbar sind. Dennoch dürfen sie nicht immer weiter aufgeweicht werden mit neuen Aufgaben, Arbeitskreisen etc. Ebenso darf auch nicht immer mehr schulische Arbeit privatisiert werden, indem sie in den Abendstunden oder am Wochenende stattfindet.
- eine faire Entlohnung unserer Arbeit.

Deshalb habe ich für A13 demonstriert. Und deshalb reihe ich mich auch immer, wenn es irgendwie geht, bei unseren Tarifauseinandersetzungen in Streiks ein.



Rolf Haßelkus Kandidat Bezirkspersonalrat Realschule

The struggle is real! Belastungen reduzieren: Weil zu viel zu viel ist!

Seit Beginn meiner Mitgliedschaft in der GEW Ende der 80er Jahre engagiere ich mich für ein gerechteres Schulsystem, das alle Schülerinnen und Schüler besser fördern kann. Nach meinem Referendardienst Anfang der 90er Jahre an der Realschule Brühl und der Gemeinschaftshauptschule Oedekoven unterrichtete ich zunächst in Rheinland-Pfalz, weil es damals in NRW einen Einstellungsstopp (!) für Lehrkräfte gab. Seit 2002 bin ich Lehrer an der Realschule Hardtberg und dort Vorsitzender des Lehrerrats. Nach 8 Jahren intensiver und kompetenter Arbeit als Personalrat für Realschulen bei der Bezirksregierung Köln trete ich auch 2024 für euch an und will mich weiter für eure Interessen engagieren.

Insbesondere setze ich mich ein

- für eine bunte Realschule, in der alle miteinander und voneinander lernen.
- für gleiche Bezahlung von Tarifbeschäftigten und Beamt* innen.
- für eine bessere Anerkennung förderlicher Zeiten auch für die multiprofessionellen Teams.
- für eine Stellenbesetzung nach dem Sozialindex, damit insbesondere Schulen in herausfordernden Lagen mehr Hilfsangebote bekommen.
- für eine Reduzierung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl an Realschulen.
- für deine Gesundheit und die Erarbeitung eines Aktionsplans gegen Gewalt gegen Lehrer*innen.
- für eine bessere sachliche und personelle Ausstattung der Schulen des Gemeinsamen Lernens. Inklusion und Integration der Kinder und Jugendlichen muss Aufgabe aller Schulformen sein. Die Vorgaben des Erlasses zur Neuausrichtung der Inklusion (z.B. 25-3-1,5) müssen endlich umgesetzt werden.

Engagierte und hartnäckige Arbeit lohnt sich. Dies zeigt sich u.a. daran, dass mit der Einführung von EG13/A13 für Alle endlich ein GEW-Traum Wirklichkeit geworden ist. Auch der letzte Tarifabschluss zeigt, dass sich Solidarität auszahlt, denn erst die flächendeckenden Warnstreiks, an denen sich viele Kolleg*innen der GEW aus Schulen beteiligten, haben die Arbeitgeber veranlasst uns ein vernünftiges Angebot zur Gehaltserhöhung vorzulegen.



Lutz Gradewald Kandidat Bezirkspersonalrat Realschule

54 Jahre alt, Diplom-Chemiker, eingestiegen 2017 über OBAS an der Realschule Bad Münstereifel als Lehrer für Chemie und Physik. Inzwischen unterrichte ich Mathe und Informatik. In der GEW bin ich seit 2021 als Mitglied des Leitungsteams des Kreisverbands Euskirchen aktiv.

Ich setze mich ein für:

- die Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen bei auftretenden Problemen innerhalb der Schule und gegenüber der Bezirksregierung.
- einen lehrkraftfreundlichen Umgang mit dem Lehrkräftemangel der kommenden Jahre. Es kommen zu wenig junge Lehrkräfte nach und ab Sommer 2026 entfallen die von den Gymnasien teilabgeordneten Lehrkräfte. Der Mangel darf nicht zu Lasten der Lehrkräfte verwaltet werden. Viele Abordnungen, Ablehnung von Teilzeitanträgen etc. machen den Lehrberuf unattraktiver und führen kurzfristig zu Demotivation und langfristig zu einem höheren Lehrkräftemangel.
- erfolgreiches gemeinsames Lernen. Zu selten kann aktuell angemessen individuell gefördert werden, zu selten wird eine angemessene Klassengröße und werden Doppelbesetzungen bei GL-Klassen verlässlich durchgehalten.
- eine veränderte Arbeitskultur an den Schulen: Mehr Vertrauen in die Lehrkräfte, mehr Förderung von Eigeninitiative, auch mehr finanzielle Entscheidungen direkt an den Schulen. Schule wird komplizierter: z.B. stark unterschiedliche Sprach-Kompetenzen auch noch in der weiterführenden Schule; stark unterschiedliche IT-Kompetenz sowohl zwischen den Lehrkräften als auch den Lernenden; etc. In einer komplizierter werdenden Schule sollten Lehrkräfte mehr Freiräume bekommen, um vor Ort gute Lösungen erreichen zu können.

Andrea Belke, Bettina Mosbach Kandidatinnen Bezirkspersonalrat Gymnasium, Weiterbildungskolleg

Als Kandidatinnen für die Wahlen des Bezirks- und Hauptpersonalrats Gymnasium/WbK für Bonn, Rhein-Sieg und Euskirchen ist es uns ein Anliegen, die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften an Gymnasien und WbKs zu verbessern. Die kürzlich veröffentlichte Studie der GEW "Was ist dir zu viel?" bestätigt, was viele von uns täglich erleben: Überlastung, Zeitdruck und mangelnde Entlastung.

Wir sind überzeugt: Es muss möglich sein, eine Vollzeitstelle unter gesunden Arbeitsbedingungen auszuüben – auch für Korrekturlehrkräfte.

Dafür setzen wir uns ein:

- Vor allem an unserer Schulform müssen Arbeitszeiten reduziert werden, damit der Fokus professionellen Lehrerhandelns wieder auf die differenzierte Förderung und Unterstützung von Lern- und Entwicklungsprozessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gelegt werden kann. Dafür brauchen wir Zeit und Ressourcen.
- Lehrkräfte müssen von nicht-pädagogischen Aufgaben gezielt entlastet werden – wir fordern die Einstellung von Verwaltungsassistent*innen und IT-Fachkräften an allen Schulen sowie einen gezielten Abbau von Verwaltungstätigkeiten.
- eine Verringerung der Anzahl von Klassenarbeiten/Klausuren, weniger Konferenztermine, Begrenzung der Dauer von Konferenzen sowie für eine deutliche Erhöhung der Anrechnungsstunden, die dem Umfang der von Lehrenden zusätzlich übernommenen Aufgaben Rechnung trägt und Mehrbelastungen angemessen ausgleicht.

Durch eine konstruktive Mitbestimmung im Personalrat können wir aktiv an Lösungen arbeiten, die unsere Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern.

Wählt uns in den Personalrat, damit wir Eure Interessen effektiv vertreten und für eine gerechte und gesunde Arbeitsumgebung in Gymnasien und WbKs eintreten können. Vielen Dank für Eure Unterstützung und Euer Vertrauen!





Personalratswahl 2024

Andreas von Meer, Jirco Müller-Machalke, Johannes Henk Kandidaten Bezirkspersonalrat für Gesamt-, Sekundar- und PRIMUS-Schulen

Andreas von Meer ist stellvertretender Vorsitzender im BPR und Mitglied im Leitungsteam der GEW Euskirchen. Jirco Müller-Machalke ist Experte für Personalmaßnahmen im BPR, Mitglied im Leitungsteam der GEW Rhein-Sieg und als Mitglied des Leitungsteams des FGA Gesamtschule NRW auch Mitglied im Landesvorstand der GEW. Johannes Henk ist Experte für Tarifrecht im BPR.

Unsere Hauptforderungen:

- Mehr Geld für Bildung! Die GEW kritisiert massiv die Unterfinanzierung der Bildung, die in vielerlei Hinsicht für die unsäglichen Bedingungen an den Schulen verantwortlich ist.
- Nach JA13-A13Z für Alle fordern wir jetzt die gleiche Laufbahn für Alle (Einstiegsamt 2.2, ehemals höherer Dienst) und wir sind für eine Besoldungsanpassung für Beförderungsämter unter Berücksichtigung des Abstandsgebots.
- Die ungleiche Bezahlung von tarifbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräften muss endlich beendet werden.
- Bessere Bezahlung für Schulsozialarbeiter*innen analog zu EG11.
- Anreize, Entlastung und bessere Arbeitsbedingungen insbesondere an schwierigen Schulstandorten schaffen!
- Zusätzliche Ressourcen für Kollegien an Schulen mit Teilstandorten!
- Attraktivere berufliche Perspektiven für Seiteneinsteiger: innen! – Zulassung zu OBAS mit einem Fach
- Seit Mai 2022 sind die Leitlinien zum Gemeinsamen Lernen veröffentlicht. Diese gaben endlich eine erste Arbeitsplatzbeschreibung in der Inklusion. Jedoch bleiben darin noch viele Fragen offen. Wir fordern Entlastung der Lehrkräfte durch die Anrechnung von Beratungs- und Kooperationszeiten!
- Inklusion muss Aufgabe aller Schulformen sein!
- Ausbildung von mehr Sonderpädagog:innen!
- Bessere Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte, um sonderpädagogische Expertisen weiter auszubauen aber auch, um Teamstrukturen zu entwickeln!
- Jobticket und Jobfahrräder für alle Landesbediensteten!
- Bezahlung für das Praxissemester!
- Dienstliche Endgeräte für alle Lehrkräfte müssen auch für die Zukunft gesichert sein!

Katharina Dünzinger Kandidatin Bezirkspersonalrat Berufskolleg

Ich setze mich ein für:

die Arbeitnehmer*innenrechte und Interessen aller Kolleg*innen im Bildungsbereich. Die Zukunft des Berufskollegs liegt mir besonders am Herzen. Die Arbeitsbedingungen sollten für alle Beschäftigten attraktiv und durch Wertschätzung geprägt sein. Entlastung und Gesundheitsförderung spielen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle, um unsere pädagogische Arbeit zu unterstützen, Unterrichtsqualität zu verbessern und die Attraktivität des Berufs zu erhalten.

Für diese Belange möchte ich mich als Ansprechpartnerin für alle Angestellten und Beamt*innen im Bezirkspersonalrat einsetzen.









Eva Schulze Kandidatin Bezirkspersonalrat Förderschule

Ich bin 39 Jahre alt, Sonderpädagogin an einer Förderschule in Bonn und seit 3 Jahren Personalrätin. Zudem bin ich im Vorstand der Fachgruppe Förderschule in der GEW Bonn aktiv.

Ich setze mich ein für:

- die Gleichstellung der Geschlechter an Förderschulen, weil auch in schulischen Kontexten die gesellschaftliche Aufgabe der Gleichstellung von Männern und Frauen noch nicht erfüllt ist. Zu benennen bleibt die ungleiche Verteilung von Teilzeitanträgen aus familiären Gründen (Gleichstellungsplan Bezirksregierung Köln 2022: 87% Frauen zu 13 % Männer) oder eine mangelnde Förderung von Frauen mit Führungsinteresse. Hier setze ich mich als Personalrätin für die Wahrnehmung geschlechtsspezifischer Interessen ein – damit in der Schule auch Männer ihren Beruf mit der Familie vereinbaren können und Frauen Leitungspositionen übernehmen.
- die verschiedenen Berufsbilder an Förderschulen, weil Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf zur gesellschaftlichen Teilhabe die Kompetenzen aller brauchen! An Förderschulen kommen Professionen wie Sonderpädagog*innen, Fachlehrer*innen, Sozialpädagog*innen und pädagogische Fachkräfte im multiprofessionellen Team zusammen, die untereinander sowie mit externen Institutionen und Therapeut*innen in engem Austausch stehen. Dieser vielschichtigen Beratung sollte mehr Platz innerhalb der Arbeitszeit eingeräumt werden, damit Kolleg*innen nicht zunehmend ihre Abende in Videokonferenzen verbringen müssen. Als Personalrätin unterstütze ich die verschiedenen Berufsgruppen in ihren spezifischen Belangen und rechtlichen Fragen.

Annamaria Papp-Derzsi Kandidatin Bezirkspersonalrat Hauptschule

Ich habe langjährige Erfahrung in verschiedenen Schulsystemen, auch im Ausland sowie als Landeskoordinatorin eines Bildungsprogramms und als zertifizierte Schulentwicklungsberaterin.

Ich setze mich ein für:

- Die gerechte Gestaltung von guter Bildung, basierend auf der Kraft der Gemeinschaft, der Wirksamkeit des Dialoges und der Stärke zukunftsweisender Visionen, die in konkreten Maßnahmen münden.
- Die Schaffung innovativer Handlungsräume, die den sich stets verändernden Anforderungen der Gesellschaft gerecht werden, in denen alle in der Bildungslandschaft Beteiligten die passende Unterstützung ihrer Arbeit erfahren und gegenseitiges Verständnis für die unterschiedlichen Rollen und Aufgaben entstehen kann.
- Gute Arbeitsbedingungen, die Anerkennung und Wertschätzung des Bildungsberufes und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten umfassen. Dazu gehören die Unterstützung durch Entlastung, beispielsweise von Verwaltungsaufgaben und durch multiprofessionelle Teams, gerechte Bezahlung sowie angemessene Angebote zur Qualifikation, Vernetzung und Kooperation.





Wähle und unterstütze deine Kolleg*innen! Wir brauchen eure Stimmen, damit wir vor Ort gehört werden! Mit einer hohen Wahlbeteiligung unserer GEW-Mitglieder ist schon viel gewonnen! Sei dabei! Jede Stimme zählt!

Neuaufstellung der politischen Bildung

JETZT!

Sonntag, 21. Januar 2024, Platz der Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 vor dem Bonner Rathaus. Mit einigen Tausend hatten die Initiatoren gerechnet. 25 000 und vielleicht mehr waren gekommen. Wir mit unserem 50-jährigen Sohn, diensttuender Jurist in einer Bundesbehörde, der seit Jahren aufgrund einer Erkrankung nur noch wenige Schritte laufen kann, waren auch gekommen. Fünf Meter rechts neben dem Fahrstuhl zur Marktgarage standen wir, unser Sohn saß auf seinem Höckerchen. Hinter uns zwei Frauen – um die 50. Als wir uns nach einer Stunde wieder auf den Weg zur Garage machten, weil unser Sohn nicht mehr konnte – Jessica Rosenthal hatte gerade begonnen zu sprechen – sagte eine der beiden Frauen: "Danke, dass Sie gekommen sind! Danke!" Am 4. Januar 2018 hatten wir mit Gisela, Mitautorin der Richtlinien von 1974 (s.u.), von Bonn aus für die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD einen ausführlich begründeten Antrag an die Landesvertreterversammlung gestellt, der dort dann einstimmig beschlossen worden war. Beantragtes Produkt sollte eine fachlich und politisch begründete Empfehlung an den Landtag sein, einen Beschluss zur Neuaufstellung der historisch-politischen Bildung in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen des Landes NRW zu fassen, der für die Schulpraxis und die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in allen Fächern, die für die historisch-politische Bildung relevant sind, verbindliche Ziele und Inhalte formuliert, die sich wissenschaftsbasiert konkret auf die Gegenwart und die zu erwartende Zukunft der heute jungen Menschen beziehen soll sowie auf unsere Gesellschaft und ihr Verhältnis zur Welt und auf unseren Verfassungsstaat. Diese Empfehlung soll eine kritische historische Evaluation von Politik- und Geschichtsunterricht seit ihrer Neuorientierung in den 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre enthalten. Diese Empfehlung soll die derzeitige Praxis, den Unterricht über kompetenzorientierte Kernlehrpläne gestalten zu lassen, auf den Prüfstand stellen.

Diese Empfehlung soll Vorschläge zur Verankerung der historisch-politischen Bildung in den Stundentafeln der Schulformen und Schulstufen sowie in den Ausbildungsordnungen der Lehrämter machen.

Es erübrigt sich eigentlich, darauf hinzuweisen, dass da wieder Geld in die Hand genommen werden muss. Es erübrigt sich nicht, darauf zu bestehen, dass sich der Politik-Unterricht nicht in "Wirtschaftslehre" oder "Medienkompetenz" auflösen darf. Die Menschen auf dem Bonner Marktplatz waren keine Verfassungsspezialisten, sie waren zutiefst empört über die wachsende Zahl von Mitbürgern, die mit zunehmender Dreistigkeit den Wiedergängern von 1933 die Regierungsgewalt in unserer Republik verschaffen wollen. Deshalb ist es wichtig, die Neukonzipierung der politischen Bildung in unseren Schulen nicht "nur" kognitiv "aufzurüsten", sondern in Balance von Wissen und Emotion, von kritischem Denken und kritisch-solidarischem Engagement zu einer Tatsächlichkeit werden zu lassen. Da wird es nicht reichen, mit dem Smartphone durch die Stadt zu laufen und Likes zu verstreuen.

Klaus Gebauer

"Qualifikation 1: Fähigkeit und Bereitschaft, gesellschaftliche und politische Ordnungen einschließlich ihrer Zwänge und Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sondern auf ihren Sinn, ihre Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrunde liegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu überprüfen."

"Qualifikation 2: Fähigkeit und Bereitschaft, die Chancen zur Einflussnahme auf gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse und Herrschaftsverhältnisse zu erkennen, zu nutzen und zu erweitern."

"Qualifikation 3: Fähigkeit und Bereitschaft, sprachliche und nichtsprachliche Kommunikation auf ihren ideologischen Hintergrund hin zu durchschauen."

"Qualifikation 10: Fähigkeit und Bereitschaft, Vorurteile gegenüber anderen Gruppen und Gesellschaften abzubauen, die Bedingungen ihrer Andersartigkeit zu erkennen, für eine gerecht Friedensordnung und für die Interessen benachteiligter Gruppen und Völker einzutreten."

Richtlinien für den Politik-Unterricht – gez. Jürgen Girgensohn, Oktober 1974



Verfassung verteidigen

//Im Zusammenhang mit den aktuellen Massendemonstrationen gegen die AfD und deren Vertreibungs- und Diskriminierungsplänen verschickten die NRW-Bezirksregierungen im Januar schriftliche Erinnerungen an alle Lehrkräfte, dass sie sich "politisch neutral" zu verhalten hätten. Zum Glück wurden diese Aussagen vom Schulministerium korrigiert und der Sachverhalt klargestellt, dass bürgerschaftliches Engagement begrüßt wird.//

Verbeamtete und angestellte Lehrer:innen müssen ihre Aufgaben unparteiisch erfüllen und dürfen Schüler:innen nicht einseitig beeinflussen.

Lehrkräfte werden vor Dienstantritt auf das Grundgesetz vereidigt und müssen durch ihr ganzes Verhalten, nicht nur durch Lippenbekenntnisse, für die Werte unserer Verfassung eintreten: Menschenwürde verteidigen, Meinungsfreiheit des Anderen achten, Toleranz gegenüber Menschen unterschiedlicher Herkünfte vertreten und diese Werte auch bei ihren Schüler:innen befördern. Lernziele sind u.a., die Schüler zu kritischem Denken, sozialem Handeln und politischer Teilhabe zu befähigen.

Allen Meinungsäußerungen, die dem Grundgesetz zuwiderlaufen, haben Lehrer:innen zu widersprechen und müssen pädagogisch intervenieren.

Das Neutralitätsgebot bedeutet nicht, auch demokratiefeindliche Äußerungen und Verhaltensweisen stehenzulassen.

Alle, die jetzt auf die Straße gehen und/ oder im Privaten rassistischen und demokratiefeindlichen Äußerungen widersprechen, verteidigen unsere Verfassung!

Auch die Lehrer und Lehrerinnen!

Vielleicht sollten die entsprechenden Mitarbeiter:innen in den Bezirksregierungen, die diese Mahnmails veranlasst haben, eine Fortbildung zu den Themen "Beutelsbacher Konsens" von 1977 und die NRW-Landesverfassung belegen. Nicht dass Lehrer:innen noch einmal eingeschüchtert werden. Vor Jahren übrigens richtete die AfD unter Bezug auf den "Beutelsbacher Konsens" in einigen Bundesländern ein Meldeportal ein, wo Schüler und Schülerinnen zum Bespitzeln ihrer Lehrkräfte aufgerufen wurden und "Verstöße" melden sollten.

Unsere Verfassung wurde in der Vergangenheit bezogen auf den Schuldienst ja gern gegen Linke (siehe Berufsverbot unter Willy Brandt) "verteidigt". Der Berufsverbotsparagraf wurde zum Glück vor längerer Zeit abgeschafft.

Aber bei denen, die unsere Demokratie abschaffen wollen, sollte der Staat genauer hingucken und sich wehrhafter zeigen als bislang:

In Brandenburg, Thüringen und Schleswig-Holstein wird ein Verfassungstreue-Check für Staatsdiener diskutiert. Eine derartige Regelanfrage wird bei Juristen und auch innerhalb der GEW kritisch gesehen.

Barbara Dröge

Die Vergesslichkeit des Systems oder warum ein gutes Gedächtnis Kosten und Irrwege sparen könnte

Manchmal hätte ich gern ein besseres Gedächtnis. Dabei ist meins nicht wirklich schlecht: Als z.B. im Zusammenhang mit PISA mal wieder laut nach früher Sprachförderung gerufen wurde, fiel mir sofort ein, dass es das ja schon jahrelang gab, so vor vielleicht 15, 20 Jahren. Die Schulen schickten Lehrkräfte in die Kitas, die testeten alle Vierjährigen und je nach Ergebnis gab es verpflichtende Sprachförderung in den Schulen für die dann Fünfjährigen (auch für solche, die in der Schule getestet wurden, weil sie keine Kita besuchten). Woran ich mich halt nicht mehr erinnere, ist, warum das wieder eingestellt wurde. Ineffektiv oder überflüssig oder mal wieder zu teuer? Und wo bleibt da das Gedächtnis des Schulministeriums?

Jetzt, brandaktuell, sagt Frau Feller am 8.1.24 im GA auf die Frage, ob die erneut geplante vorschulische Sprachförderung (ebenfalls ein Jahr vor der Einschulung) dann Pflicht werde: "Ob das geht, müssen wir noch rechtlich klären."

Frau Feller!!!!

Das war doch wohl schon geklärt!! Das wird jetzt rechtlich auch nicht anders sein als in den Nullerjahren!! Sie müssen das Rad doch nicht neu erfinden! Vor Ihnen gab's auch schon Schule!!!!! Es kann doch nicht sein, dass man bei jedem Regierungswechsel wieder bei Null anfangen muss! Gibt's denn kein Archiv im Schulministerium? Unnötige Planstellen haben sie dort doch schon genug, dann wäre doch so ein/e Archivar/in auch kein Luxus!! Was ich auch nicht mehr weiß: Die deutschen Kinder und Jugendlichen schneiden in den internationalen Bildungs(??)vergleichen ja seit Jahrzehnten nur mittelmäßig ab. Hat mal IRGENDEIN Bildungs- oder Schulministerium ermitteln lassen, woran das liegt? Die Menschheit fliegt zum Mond und demnächst zum Mars – die Gründe für das schlechte Abschneiden müssten doch wissenschaftlich einigermaßen deutlich zu klären sein! Gab's also eine wissenschaftliche Analyse und Konsequenzen daraus – und eine EVALUATION? (Wir sollten in meiner Dienstzeit jeden Pups "evaluieren" – damals Lieblingssprech der Bildungs- und Fortbildungsmenschen. Also evaluieren, nicht Pups). Gab's das nicht oder habe ich das vergessen? Allein in der Zeit, in der ich lernen musste, das Wort Evaluation fehlerfrei auszusprechen, hätte man schon einen Entwurf für die Analyse erstellen können. Dasselbe gilt für die viel beklagte Abhängigkeit des Schulerfolgs vom Bildungsstand des Elternhauses, bei der andere Länder auch besser aufgestellt sind. Hat mal einer rausgekriegt, wie die das machen, und dann für Deutschland Konsequenzen gezogen? Nicht, dass ich wüsste. Hätte man in zwanzig Jahren aber wirklich mal anpacken können (es könnte von mir aus auch ein schlaueres Wort als anpacken sein, da bin ich schmerzfrei, aber besagte Fort-/Bildungsmenschen haben gern neue Wörter für alte Sachverhalte.) Nicht nur dem Schulministerium fehlt das Gedächtnis – neulich sah ich im WDR einen Bericht über eine ganz innovative Idee: ein Kasperletheater der Polizei zur Verkehrserziehung von Grundschulkindern. Super! Nur, dass es das in Bonn schon jahrelang gab, bis die spielenden Polizisten pensioniert wurden oder das Kasperle auch zu teuer wurde. Ich möchte das nicht lapidar abtun mit "alles schon mal dagewesen" – ich finde nur, dass man die Abschaffung erfolgreicher Konzepte etwas gründlicher überprüfen sollte, bevor man sie Jahre später wieder als die innovative Superidee präsentiert.

Wenn ich mir das Ganze so anschaue, fürchte ich, dass meine Wandlung zur Zeitzeugin jetzt schon angefangen hat...

Sibylle Clement

Termine Bonn

Basisqualifizierung für Mitglieder in Lehrerräten

Bonn: Montag, 13. Mai 2024, 09.00-16.30 Uhr

Anmeldeschluss: 29. April 2024

Basisqualifizierung für Mitglieder in Lehrerräten an Grundschulen

Bonn: Donnerstag, 16. Mai 2024, 09.00-16.30 Uhr

Anmeldeschluss: 02. Mai 2024

Unsere Fortbildung ist für Kolleg*innen sinnvoll, die neu im Lehrerrat arbeiten, und bietet Gelegenheit, in früheren Fortbildungen erworbenes Wissen zu erneuern. Gegenstand der Veranstaltung ist die zum 1. August 2015 an allen Schulen in NRW – einschließlich der Grundschulen – geltende Rechtslage.

Unser gewerkschaftliches Angebot ist dem staatlichen Angebot gleichgestellt. Daher gilt, dass...

- Mitglieder in Lehrerräten selbst entscheiden, welches Angebot sie wahrnehmen,
- den Teilnehmer*innen keine Kosten entstehen,
- die Teilnahme im besonderen dienstlichen Interesse liegt und die Teilnehmer*innen Sonderurlaub erhalten.
- die Teilnehmer*innen anstelle eines Mittagessens Anspruch auf ein Tagegeld in Höhe von 6,00 Euro für ihren Mehraufwand für Verpflegung haben.

Themen:

- Der neue Lehrerrat, Rollenverständnis
- Wahlverfahren
- Rechtliche Grundlagen
- Mitbestimmungsrechte, weitere Beteiligungsrechte,
- Zusammenarbeit mit der Schulleitung, der Ansprechpartnerin für Gleichstellungsfragen, der Schwerbehindertenvertretung und dem Personalrat bei der vorgesetzten Schulaufsichtsbehörde
- Fallbeispiele

Anmeldung online unter: www.gew-nrw.de/fortbildungen Anmeldeschluss siehe oben. Die Anmeldebestätigung erfolgt mit der Information über den genauen Tagungsort zur Schulanschrift.

Verantwortlich: GEW NRW, Melanie Eichhorst

Nünningstr. 11, 45141 Essen

Tel. 0201/29 403 - 54, melanie.eichhorst@gew-nrw.de

Kontakt vor Ort: Sebastian Zamorano-Fischer Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Stadtverband Bonn, Endenicher Str. 127, 53115 Bonn, Tel. 0228/65 39 55, Gew-Bonn@t-online.de

Arbeiten bis 66 oder gar 67?

Wie komme ich eher raus?

Montag, 3. Juni 2024, 17.30-20.00 Uhr DGB-Haus Bonn, Großer Saal, Endenicher Str. 127, 53115 Bonn

Jürgen Gottmann, GEW Fachmann für Versorgung und Rente, informiert über "Wege in den Ruhestand".

- Pensionswirksame Zeiten
- Die verschiedenen (vorgezogenen) Altersgrenzen
- Begrenzte Dienstfähigkeit und Dienstunfähigkeit
- Die verschiedenen Abschläge bei vorzeitigem Ruhestand und ihre Wirkung
- · Ruhegehalt und Rente wie wirken sie aufeinander
- Altersteilzeit und Teilzeit im Blockmodell
- Heiraten scheiden sterben hinzuverdienen
- Verschiedene weitere Regelungen für beamtete Lehrkräfte (z.B. Altersentlastung, Vorgriffsstunde, Beihilfe/
- Beliebte Fehler des LBV bei der Berechnung des Ruhegehaltes

Achtung! Begrenzte Teilnehmer*innenzahl: 30 Personen! Anmeldungen bitte bis zum 24.05.2024 per E-Mail an: gew-bonn@t-online.de Für GEW-Mitglieder kostenlos. Nichtmitglieder zahlen einen Kostenbeitrag von 10 Euro.

Crashkurs Schulrecht

Rechtssicherheit für Eilige und Berufsanfänger*innen

Montag, 10. Juni 2024, 16.00-18:30 Uhr, DGB-Haus Bonn, Großer Saal, Endenicher Str. 127, 53115 Bonn

Uwe Riemer Becker gibt viele nützliche rechtliche Informationen für den Berufsalltag:

- Paragrafen: Welche sind wichtig, wo finde ich sie, wie lese ich sie?
- Rechtslage: Klassenleitung, Aufsicht, Klassenfahrt, Haftung, soziale Medien
- Schulleitung: Weisungsbefugnis
- Kollegium: Lehrerrat, Lehrerkonferenz
- Eltern: Schulbesuch, Ausstattung, Zusammenarbeit
- Schüler*innen: Eigenverantwortung, Mitarbeit, Disziplin
- Umgang: Kooperation oder Konflikt
- Hilfen: Personalrat und GEW
- Praxisfälle

Jede/r Teilnehmende erhält ein umfangreiches Skript.

Achtung! Begrenzte Teilnehmer*innenzahl: 30 Personen! Anmeldungen bitte bis zum 29.05.2024 per E-Mail an: gew-bonn@t-online.de Für GEW Mitglieder kostenlos. Nichtmitglieder zahlen einen Kostenbeitrag von 10,00 Euro.

Termine

Sicherheit geben!

Siegburg

An unseren Schulen werden immer mehr Kinder mit gesundheitlichen Besonderheiten aufgenommen. Sie benötigen Medikamente, dürfen bestimmte Lebensmittel auf keinen Fall essen, leiden unter Epilepsie oder benötigen im Notfall eine Notfallmedikation.

Bereits im November 2019 hatte Rechtsanwalt Sascha Kriegel in einer Veranstaltung der GEW Rhein-Sieg darauf hingewiesen, welche rechtlichen Grenzen im Umgang mit diesen Kindern zu beachten sind. Im damals aktuellen Fall "Emily" hatte er u.a. auch darauf hingewiesen, dass seiner Meinung nach auch strafrechtliche Konsequenzen die Folge sein können. Nachdem das Landgericht diese Konsequenzen zunächst für die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer verneint hat, hat das Oberlandesgericht nun die strafrechtliche Konsequenz ("fahrlässige Tötung") mit einer ausführlichen Begründung bejaht.

Vor diesem brisanten Hintergrund freuen wir uns, dass Rechtsanwalt Kriegel erneut gewonnen werden konnte, um uns

- die Konsequenzen dieser obergerichtlichen Entscheidung für den pädagogischen Alltag verständlich zu erläutern,
- die Zuständigkeiten und
- die Grenzen zwischen Dienstpflicht und Freiwilligkeit aufzuzeigen und
- Hilfen für die Praxis zu geben.

Machen Sie sich schlau – Zur Sicherheit betroffener Kinder und zu Ihrer eigenen Sicherheit.

Die GEW Rhein-Sieg lädt zu diesem Thema zunächst alle an Grundschulen tätigen Lehrerinnen und Lehrer, sozialpädagogischen Fächkräfte und MPT-Kräfte herzlich ein.

Weitere zielgruppenspezifische Fortbildungsangebote für Beschäftigte in sozialen Berufen, für Kolleginnen und Kollegen in weiterführenden Schulen und für Schulleitungen zu diesem Thema mit Herrn Kriegel sind in der Planung.

23. Mai 2024, 16.30-19.00 Uhr

Gewerkschaftshaus, Kaiserstr. 108, 53721 Siegburg Anmeldungen per E-Mail bitte bis zum 17.05.2024 an: info@gew-rheinsieg.de. Für GEW-Mitglieder kostenlos, für Nicht-Mitglieder nur 5 Euro.



Die GEW geht ins Kino!

Am **Dienstag, den 9. April 2024** schauen wir uns gemeinsam "Morgen ist auch noch ein Tag" von Paola Cortellesi im Rex-Kino in Bonn Endenich an.

Der Publikumserfolg aus Italien zeigt bewegend, wie Frauen in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg für ihre Unabhängigkeit kämpfen.

Die Vorstellung findet um 20 Uhr statt und wir bekommen einen Sonderpreis von 5 Euro pro Person. Ab 18 Uhr würden wir einen Tisch in der Harmonie reservieren und können so vorher ins Gespräch kommen.

Damit wir die entsprechende Anzahl Kinokarten bestellen und Plätze in der Harmonie reservieren können, bitten wir um Anmeldung per E-Mail bis zum 31.3.24 an: gew-bonn@t-online.de

Wer an diesem Tag nicht kann, aber trotzdem gerne ins Kino geht, freut sich vielleicht über diese Nachricht: In Kooperation mit den Bonner Kinos Rex und Neue Filmbühne bekommen unsere Mitglieder in diesem Frühjahr auch für die Filme "Radical - eine Klasse für sich" und "Morgen ist auch noch ein Tag" in allen Vorstellungen im Rex oder der Neuen Filmbühne ermäßigten Eintritt. Zeigt einfach euren Mitgliedsausweis vor und ihr bekommt den üblichen Rabatt.





Redaktionsschluss Info 2/2024: 17. Mai 2024

Impressum: GEW-Zeitung des Stadtverbandes Bonn und der Kreisverbände Euskirchen und Rhein-Sieg – Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Stadtverband Bonn Vorsitzender: Rolf Haßelkus, Imogen Wagner, Silke Brusis – Redaktion: Sebastian Zamorano-Fischer, E-Mail: gew-bonn@t-online.de – Anschrift der Redaktion: Endenicher Str. 127, 53115 Bonn – Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedspreis abgegolten. – Nichtmitglieder können die Zeitschrift zum Jahrespreis von 5 Euro zuzüglich Portokosten beim Herausgeber bestellen. (Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.) – Fotos: Agentur Brückner + Brückner: S. 3-8, Katharina Dünziger: S. 8, Agentur Brückner + Brückner: S. 9, iStockphoto: S. 1, 12, 16 – Layout: setz it. Richert GmbH, Sankt Augustin – Druck: Wienands, Bad Honnef – Auflage: 3.250

Adressen

	Stadtverband Bonn	Kreisverband Rhein-Sieg	Kreisverband Euskirchen
Geschäftsführung	GEW-Büro, DGB-Haus, Endenicher Str. 127, 53115 Bonn T 0228/65 39 55 Sprechzeiten: Mo/Di/Fr: 14.00- 17.00 Uhr, Mi 14.00-18.00 Uhr E gew-bonn@t-online.de Geschäftsführer Sebastian Zamorand	GEW-Büro, Kaiserstr. 108, 53721 Siegburg, T 02241/127 77 63, F 127 77 64 Spechzeiten: Mo 10.00-12.00 Uhr, Do 15.00-18.00 Uhr E info@gew-rheinsieg.de	GEW-Büro E gew.euskirchen@web.de Kontakt und Sprechzeiten GEW-Büro siehe Stadtverband Bonn Neu Bürozei
Vorstand	// LEITUNGSTEAM Rolf Haßelkus, T 0151/403 70 404, E rolf.hasselkus@gew-nrw.de Imogen Wagner, T 0228/94 74 38 30, E imogen-wagner@gmx.de Silke Brusis, T 0160/98 67 67 05, E silke.brusis@pro-lumen.com	// LEITUNGSTEAM Anna Wieland, T 01590/119 03 83, E wieland@gew-rheinsieg.de Andrea Belke, T 0228/422 29 60, E belke@gew-rheinsieg.de Jirco Müller-Machalke, T 0176/444 73 971, E mueller-machalke@gew-rheinsieg.de	// LEITUNGSTEAM Andreas von Meer, T 02227/809 54 32, E a.von.meer@ pr-gesamtschule-koeln.de Gabriele Strobel-Pütz, T 02252/74 38, E Gabi.Strobel-Puetz@web.de Lutz Gradewald, T 0179/679 49 07, E L.Gradewald@gmx.de
Rechts- schutz	Anke Dapper, E dapperrechtsschutz@gmail.com	Ursula Habeth-Gaspari E hab-gasp@web.de	Beate Klinke, T 02255/86 26, gew.eu-rs@web.de
Örtlicher Personalrat Grundschule	Cordula Simon-Schlicht, T 0228/31 08 70 (d), E cordula. simon-schlicht@schulen-bonn.de	Anna Wieland, T 01590/119 03 83, E wieland@gew-rheinsieg.de	Gabriele Strobel-Pütz, T 02252/74 38, E Gabi.Strobel-Puetz@web.de
Bezirkspersonalrat	// GRUNDSCHULE Imogen Wagner, T0228/94743830, E imogen-wagner@gmx.de Ursula Habeth-Gaspari, T 02227/92 43 40, E hab-gasp@web.de // HAUPTSCHULE Lutz Schörken-Koch, T02204/68742 E lutz.schoerken-koch@gew-nrw.de // REALSCHULE Rolf Haßelkus, T 0151/403 70 404, E rolf.hasselkus@gew-nrw.de	// GYMNASIUM Andrea Belke, T 0228/422 29 60, E belke@gew-rheinsieg.de // GESAMTSCHULE Kerstin Salchow, T 02224/98 12 19, E k.salchow@pr-gesamtschule-koeln.de Andreas von Meer, T 02227/809 54 32, E a.von.meer@pr-gesamtschule-koeln.de Jirco Müller-Machalke, T 0176/444 73 971, E mueller-machalke@gew-rheinsieg.de	Johannes Henk, T 0160/57 29 880, j.henk@pr-gesamtschule-koeln.de // BERUFSKOLLEG Thomas Wesseler, T 0241/91 13 26 E thomas.wesseler@gew-nrw.de // FÖRDERSCHULE Bonn, Euskirchen, Rhein-Sieg-Kreis Eva Schulze, T 0228/ 367 68 681 E eva_schulze@posteo.de Gitta Hoffmann-Fricke, T 0228/280 48 73, E frickebonn28@gmail.com
Hauptpersonalrat	// GRUNDSCHULE Jana Koch, E Jana.Koch@gew-nrw.de // HAUPTSCHULE Karin Distler, T 0221/398 12 91, E karin.distler@gew-nrw.de Anna Navarro Garcia T 0162 /751 59 83 E annabelle.navarro.garcia@gew-nrw.de	// FÖRDERSCHULE Ulla Borgert T 0241/869 78 E u.borgert@web.de // REALSCHULE Elke Koßmann, T 02403/642 04, E elke_kossmann@web.de // GYMNASIUM Heribert Schmitt, T 02205/89 53 17, E schmitt@guayacan.de	// GESAMTSCHULE Joachim Hofmann, Joachim. Hofmann.hprge@msb.nrw.de // BERUFSKOLLEG Ruth Elsing, T 0157/87 83 87 11, E ruth.elsing@gew-nrw.de
	// Fachgruppe Sozialpädagogische Be Stefan Raffelsieper, E stefan.raffelsieper@gew-nrw.de	erufe Petra Loewe-Forster, E petra.loewe-forster@gew-nrw.de	Sabine Eschweiler, E sabine.eschweiler@gew-nrw.de

Vertrauensfrau für Schwerbehinderte (Förderschulen Bezirk Köln): Gudrun Ameling, T0221/9981609, Eg.ameling@web.de GEW Hochschulinformationsbüro Bonn (für Studierende): Clara Bufi, E hib-bonn@gew-nrw.de Info-Redaktion: Sebastian Zamorano-Fischer, E gew-bonn@t-online.de

Kinder, wie die Zeit vergeht und von der Schönheit der deutschen Sprache





Anfang Februar kam ich von einem auswärtigen Wochenende nach Hause und fand im Briefkasten zwei amtliche Briefe – gelber Umschlag, "Förmliche Zustellung", kein Absender.

Uiii!!

Im Geiste ging ich schnell mein Sündenregister durch – nichts, was zwei amtliche Briefe rechtfertigen würde! Dachte ich, etwas beruhigt.

Die Reise war ermüdend. Soll ich die Briefe sofort öffnen? Nein, erstmal die Reisetasche auspacken, was essen und dann – ach, hilft ja nichts, es weiter rauszuschieben! Also: Der Absender, das LBV, teilt mir in diesen (nur auf der ersten Seite verständlichen) Schreiben mit, dass meine Widersprüche gegen nicht mehr gezahltes Urlaubsund Weihnachtsgeld für 2013 und 2014 abgelehnt werden. 2013 und 2014 ?!?! In Worten: zweitausenddreizehn und vierzehn!

Und jetzt schon der Bescheid?

Da haben sie sich aber mächtig beeilt! Das hätte ich mich in meiner Dienstzeit mal trauen sollen! Gut, manche in meinen Augen unsinnigen Rückmeldungen habe ich damals überhaupt nicht losgeschickt, wenn ich wusste, dass das sowieso keiner merkt. Gab auch nie eine Nachfrage. Aber nach 10 Jahren?

Immerhin: der Amtsschimmel arbeitet zwar eher wie eine Amtsschnecke, aber: er arbeitet.

Aus Neugier (ich hab ja jetzt Zeit) begebe ich mich an die Lektüre der Seiten 2 bis 5.

Fast kommen mir die Tränen. Was muss in einem Menschen vorgehen, der solche Texte schreibt? Reicht das für eine Diagnose? Für zwei (!!!) Sätze auf Seite 2 braucht der (oder die) 14 Zeilen. Ok, dreimal gegendert, das kostet bei so langen Wörtern wie Versorgungsempfängerinnen

und Versorgungsempfänger locker eine ganze Zeile. "Der Gesetzgeber" wird übrigens nicht gegendert. Muss ich mir dabei was denken?

Aber bei solchen Satzlängen hätte mir mein Deutschlehrer am Gymnasium, Gott hab ihn selig, umfangreiche kritische rote Bemerkungen an den Rand geschrieben.

Auch die 13 substantivierten Verben in den 14 Zeilen, ich weiß nicht. Wahrscheinlich hätte "Stil" am Rand gestanden.

Laut lachen muss ich bei "(das Weihnachtsgeld) gehört nicht zu den durch Artikel 33 Absatz 5 GG geschützten Grundsätzen des Berufsbeamtentums, d.h. den Kernbestand von Strukturprinzipen (...)".

Kernbestand von Strukturprinzipien. Aha. Hab ich mir schon gedacht. Welch armer Mensch muss solche Sätze formulieren? Oder kann er nicht anders? Déformation professionelle...

Als vor Jahren die Vierjährigen einen Sprachtest durchlaufen mussten, hat die Stadt Bonn den Eltern ein
Schreiben zur Unterschrift vorgelegt (ich würde hier eher
von "zugemutet" sprechen), in dem diese ihr Einverständnis zu irgendwas erklären sollten, ich glaube dazu, dass
die Erzieherin mit der testenden Lehrkraft über das Kind
sprechen darf. Dieses Schreiben war so ähnlich formuliert
– angesichts der Zielgruppe etwa in meiner Schule (weit
über zwei Drittel der Eltern mit Deutsch als Zweitsprache,
wenn überhaupt Deutsch) eigentlich eine Frechheit.
Vielleicht sollten wir nicht nur "Deutsch als Zweitsprache"
für Zugewanderte unterrichten, sondern in den Behörden
auch Kurse in "Deutsch für Nicht-Juristen" anbieten.
Wär auch ein gutes Ehrenamt.

Sibylle Clement